

Angebote für Kinder gefährdet

Volksinitiative NRW 2006 gegen harten Rotstift

„Gerade im Kinder- und Jugendbereich, wo uns Verstärkung zugesagt wurde, soll jetzt gekürzt werden“, da sieht **Monika Landgraf, Vorsitzende der Dortmunder Schulpflegschaften** „verheerende Folgen, denn Bildung fängt doch im Kindergarten an.“

Daher meldete sich die aktive Sprecherin der Stadeltern als Organisatorin für die Volksinitiative NRW 2006, sammelt an Info-Ständen Unterschriften gegen landesweit 115 Mio. Kürzungen in Kindergärten sowie 125 Mio. Euro in anderen Bereichen der Kinder-, Jugend und Familienhilfe. 25 Organisationen, von Adoptiveltern über den DPWV bis zum DGB unterstützen die Unterschriftensammlung gegen die Landes-Kürzungen bei Kindern und Jugendlichen.

Jürgen Herzog, der bereits beim Bürgerbegehren mit Monika Landgraf tausende Eltern in Dortmund mobilisierte will Listen in Kindergärten und anderen Einrichtungen auslegen. Unterschriftenlisten hält Monika Landgraf unter 466515 bereit.

Unterschreiben darf bei beiden Volksinitiativen jeder deutsche Dortmunder ab 18 Jahre. Listen liegen im Grünen-Büro an der Ruhrallee täglich von 10 bis 14 Uhr sowie donnerstags bis 19 Uhr aus.

Hier wird gekürzt:

Zugesagt hatte die Landespolitik, die Kinder- und Jugendarbeit mit 96 Mio. Euro zu fördern - doch nachdem die Landesregierung den Rotstift angesetzt hatte, sind es nur noch 75 Mio. Euro. Jugendtreffs, offene Jugendeinrichtungen und Einrichtungen der Jugendhilfe fürchten das Aus. Die „Volksinitiative Jugend braucht Vertrauen- jetzt!“ fordert die versprochenen Fördermittel ein.

Im Bereich der Kindergärten und Kitas will das Land 115 Mio. Euro kürzen. Außerdem werden weitere 125 Mio. Euro in der Kinder- Jugend- und Familienhilfe gestrichen. Hiergegen sammelt die „Volksinitiative NRW 2006“ bis zum 22. März Unterschriften.

Das Volk ergreift die Initiative

Rotstift trifft Kinder und Jugendliche

Einmal hat es schon geklappt in Dortmund, dass Volkes Wille die Politiker zur Umkehr zwang. Damals ging es um Hortplätze und Schulen, die weg gespart werden sollten. Jetzt sind landesweit gleich zwei Volksinitiativen angelaufen.

Denn die Landesregierung setzt den Rotstift bei der Förderung von Kindern, Jugendlichen und Familien an. Allein bei den Elternbeiträgen sind dies gut 300 Euro für jedes Kindergartenkind. Hier springt die Stadt mit 5,3 Mio. Euro in die Bresche, die sie neu als Schulden aufnehmen muss, um Kindergartenplätze für Familien nicht teurer machen zu müssen.

Aber auch Jugendtreffs, Frauenhaus und Beratungsstellen leiden unter dem Düsseldorfer Sparzwang. „Zugesagt wurden für die Kinder- und Jugendförderung 96 Mio. Euro, jetzt zahlt das Land nur 75 Mio.“, ruft Andreas Roshol vom Jugendring auf, für die Volksinitiative zu unterschreiben.

„Die Kürzungen sind dramatisch wie nie“, berichtet Marianne Schobert als Vertreterin der Wohlfahrtsverbände von Kindergärten, die sich ohne Spenden kein Spielmaterial mehr leisten können.

Berater wollen Politik Denkmittel verpassen

Wenn der Rotstift regiert – am Beispiel Beratungsstellen

30 Prozent spart das Land beim Personal im Frauenhaus ein. Hier trifft es die 150 Frauen, die sowieso schon zu Opfern wurden. Mit 128500 Euro streicht das Land beim Verein „Die Brücke“ die Beratungsstelle für Straffällige und 16 Prozent zieht es den Erziehungs- und Familienberatungsstellen ab.

Letztes betrifft alleine über 15000 Dortmunder, die eine der 12 Familienberatungsstellen im vorigen Jahr aufgesucht haben.

„Der Bedarf wächst und das ist jetzt schon die dritte Kürzungswelle, die über uns hinweg rollt“, ruft Walter Klamser, Leiter der Beratungsstelle an der Westhoffstraße auf, dem Land einen Denkmittel zu verpassen.

Postkarten mit Unterschriften gegen die drastischen Kürzungen sammeln alle Beratungsstellen, um sie am 28./29. März dem Landtagsausschuss zu übergeben.

„Ärgerlich sind die Kürzungen vor allem, weil der Bedarf steigt“, zählt sein Kollege Jürgen Krinke an der Klosterstraße 38 Prozent mehr Rat suchende Familien.

Unverständlich sei der Düsseldorfer „Rasenmäher“ angesichts der Erklärung von Ministerpräsident Rüttgers und Familienminister Laschet NRW zum familienfreundlichsten Land zu machen. Die 80000 Euro Landesförderung, die 2006 fehlen, bedeuten für die Berater an der Westhoffstraße, dass sie eine Stelle nicht mehr besetzen können. Die Ev.

Beratungsstelle sparte Räume und ihre Schulnerberatung ein, „obwohl Schulden ein großes Problem in Familien sind“, bedauert Krinke, „jetzt läuft oft der Anrufbeantworter“, fügt er hinzu.

So müsse die Beratung schneller werden, trotz zunehmender Probleme, die Familien belasten.

„Wir haben Stellen nicht mehr besetzen können und an der Prävention gespart“, berichtet Alfred Hennekemper vom städtischen Beratungsdienst. Er weiß, wenn Familien auf Hilfe warten müssen, eskalieren die Probleme. „Wenn’s dann nicht mehr klappt, steht den Kindern ein Platz im Heim zu“, sagt er überspitzt, „das kann es doch nicht sein“.

„Damals haben wir es mit 8000 Unterschriften geschafft, dass das Land noch nachgebessert hat“, verweist Alfred Hennekemper darauf, dass der Landeshaushalt erst im Juni beschlossen werde.

Bis dahin verteilen die Erziehungs- und Familienberatungsstellen in Schulen, Kindergärten und Freizeitstätten Denkmittel zum Unterschreiben.

Walter Klamser dazu: „Angesichts eines verhungerten Kindes wird nicht gesehen, dass es ein Hilfsnetz gibt, dem das Wasser abgegraben wird.“

Rasenmäher trifft auch die Jugendarbeit

„Statt der im Kinder- und Jugendfördergesetz zugesagten 96 Mio. Euro sind nur 75 Mio. Euro im Landesjugendhilfepaln eingestellt worden“, sieht Andreas Roshol vom Jugendring einen Vertrauensbruch, „man könnte sogar sagen Rechtsbruch.“

Daher setzt er sich mit seinen Kollegen aus anderen Jugendverbänden für die Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen - jetzt!“ gegen die drastischen Kürzungen ein.

Betroffen sind viele Bereiche: Mädchenprojekte werden nicht mehr gefördert, im Kindergarten werden die jährlichen Sachkosten pro Gruppe um 6000 Euro gekürzt, der

Jugendamtsleiter rechnet hoch, dass rund 300000 Euro in Dortmunds Jugendzentren fehlen. „Unterstützungen für Familien fallen weg und es wird drastisch gekürzt“, spricht Marianne Schober für die Wohlfahrtsverbände im Kinder- und Jugendausschuss von einem politischen Wortbruch in Düsseldorf.

Anders sieht das Christdemokratin Rosemarie Liedschulte, spricht vom Scherbenhaufen der Landeskassen und davon, dass nur soviel gefördert wird, wie zuvor.

Vertrauensperson für die Volksinitiative „Jugend braucht Vertrauen“ ist Sandra Bodewei vom DGB Ostwall 17, Tel: 55704419, beim Jugendring, Friedhof 6-8 Fatih Ece. Näheres über die Volksinitiativen auch im Internet unter www.volksinitiative-do.de.